



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE-UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG 29 OLDENBURG POSTFACH 943
TEL. 51064 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH)
JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FUHRT.)

18. April

16/75

Prof. Grolle kommt

9.00 Uhr: Öffentliche Veranstaltung in der Aula

Am Montag, den 21. April 1975, wird der Niedersächsische Wissenschaftsminister im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit Vertretern der Universität und der Fachhochschule, um 9.00 Uhr in der Aula, über den Referentenentwurf eines "Gesetzes über die Hochschulen und die Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Niedersachsen" (Nieders. Hochschulgesetz-NHG-) diskutieren. Die Veranstaltung konnte leider nicht eher angekündigt werden, da erst heute endgültig der Termin und der Rahmen des Grolle-Besuches vereinbart werden konnten.

Verschärfung der NAK-Prüfung

Die vom Wissenschaftsministerium in Hannover geplante Verschärfung der Zulassungsprüfung für Nichtabiturienten ist im Konzil der Universität Oldenburg auf scharfe Kritik gestoßen. Auf seiner ersten Sitzung verabschiedete das Anfang des Jahres neugewählte Gremium einstimmig eine Resolution, in der das Ministerium aufgefordert wird, von jeder Verschärfung der Prüfung Abstand zu nehmen, da sonst die bisher erreichten Fortschritte auf dem Wege zur Chancengleichheit zunichte gemacht würden.

Die vom Wissenschaftsministerium angekündigten Verschärfungen der Z-Prüfungen beruhen nicht zuletzt auf Beschlüssen der Kultusministerkonferenz, die auf ihrer letzten Sitzung u.a. empfohlen hatte, das Mindestalter für die Zulassung zur Prüfung auf 27 Jahre heraufzusetzen und Mathematik wie ein oder zwei Fremdsprachen als obligatorische Prüfungsfächer einzuführen.

In der Konzilresolution heißt es dazu: "Die Studierfähigkeit kann sich nicht ausschließlich nach Kriterien einer Abiturprüfung ergeben, in denen beispielsweise Mathematik und Fremdsprachenkenntnisse ein hoher Qualifikationswert beigemessen wird und die damit zu Zugangsbarrieren für Nichtabiturienten werden kann. Vielmehr erschließt eine mehrjährige Berufstätigkeit gleichermaßen eine Eignung für die Studierfähigkeit, die nach Erfahrungen an der Universität Oldenburg in vielen Fällen ei-

ne wichtige Funktion für ein erfolgreiches Studium bildet."

Weiter stellte das Konzil dazu fest, daß gerade traditionell unterprivilegierte Schichten der Bevölkerung durch die Neuregelung ausgeschlossen würden, die sich nicht aus der Zielsetzung, die Studierfähigkeit festzustellen ableite, sondern aus der Absicht, die Studentenzahlen den Kapazitäten anzupassen.

Vorstand gewählt

Auf seiner letzten Sitzung hat das neugewählte Konzil Professor Dr. Irene Pieper für die Hochschullehrer, Dr. Wilhelm Büttemeyer für die wissenschaftlichen Mitarbeiter, Wilhelm Kleinert für die Studenten und Roswitha Sokolowski für die nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Vorstand gewählt. Während bei den drei letztgenannten Gruppen die Wahl der aufgestellten Kandidaten sehr deutlich ausfiel, konnte sich Irene Pieper gegen Professor Dr. Wolfgang Schulenberg nur knapp durchsetzen. Sie erhielt 39 Stimmen, Schulenberg 37.

Vietnamresolution

Das Konzil der Universität hat mit 39 gegen 17 Stimmen bei 15 Enthaltungen Hochschulangehörige aufgefordert, einen Brief an die Bundesregierung zu unterstützen, in dem u.a. die Anerken-

nung der Provisorischen Revolutionären Regierung als alleinige Vertreterin des südvietnamesischen Volkes gefordert wird. Wörtlich heißt es in dem Brief: "Seit Jahrzehnten kämpft das vietnamesische Volk für seine Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territoriale Integrität. Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität sind unveräußerliche demokratische Rechte eines jeden Volkes.

Diese Rechte des vietnamesischen Volkes werden von der USA laufend gebrochen. Neuerlicher Höhepunkt hierfür sind die von der USA unterstützten Bombardierungen von Städten sowie die Zwangsevakuierungen und Menschenverschleppungen, die vor der Weltöffentlichkeit als "humanitäre Hilfe" ausgegeben werden, deren wahrer Charakter sich aber immer weniger verbergen läßt.

Der Rücktritt des Thieu-Regimes und die Beendigung der US-Einmischung, die Erfüllung des Pariser Vietnam Abkommens durch die USA und das Thieu-Regime, sind die Bedingung für die Beendigung des Krieges in Vietnam.

Die unterzeichneten Hochschullehrer, wissenschaftliche Assistenten und Mitarbeiter der Universität fordern Sie auf, jede Unterstützung der USA und des Thieu-Regimes zu unterlassen. Dazu gehört auch die unter dem Deckmantel der "humanitären Hilfe" unterstützte Evakuierung und Verschleppung von Menschen aus den befreiten Gebieten Südvietnams. Wir fordern Sie auf, jegliche Hilfe dem südvietnamesischen Volk über seine rechtmäßige Regierung, der Provisorischen Revolutionären Regierung, zukommen zu lassen, ohne daß von Ihrer Seite irgendwelche Bedingungen gestellt werden.

Insbesondere fordern wir Sie auf, endlich die diplomatischen Beziehungen zum Thieu-Regime abzubrechen, als alleinige Vertretern des südvietnamesischen Volkes die Provisorische Revolutionäre Regierung anzuerkennen, die diplomatischen Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam aufzunehmen, sowie auf allen Ebenen dafür einzutreten, daß die Regierung der USA ihre Einmischung in Vietnam beendet."

Keinen Raum für NHB

Die Genehmigung zur Durchführung einer Einführungsveranstaltung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) am 21.4. wurde am 17.4. vom Rektor der Universität widerrufen. Der Widerruf einer zuvor erteilten Genehmigung, wurde notwendig, nachdem der NHB in einer Anzeige in der NWZ vom 17.4.75 verkündet hatte, daß "R. Drechsler für den Gründungsausschuß der Universität Oldenburg" einlädt. Der Sachverhalt, daß der NHB als Veranstalter den Namen des Gründungsausschusses der Universität Oldenburg beansprucht, erweckt den Anschein, als ob die Universität sich mit der Genehmigung der Veranstaltung hinter die politische Zielsetzung des NHB stellt. Um diesen Anspruch und Mißbrauch auszuschließen, mußte die Genehmigung der Veranstaltung widerrufen werden.

Die Tatsache, daß der NHB von sich aus

die Durchführung seiner Veranstaltung unmöglich gemacht hat, enthebt die Hochschulöffentlichkeit nicht der Verpflichtung, sich mit dem Gedankengut von Gruppierungen wie dem NHB politisch auseinanderzusetzen. Deshalb kann es nicht Aufgabe des Rektors sein, mit administrativen Mitteln, wie sie in diesem Einzelfall notwendig waren, eben diese politische Auseinandersetzung in der Universität zu verhindern. Insofern bleiben alle politischen Gruppierungen, denen es beim Aufbau der Universität Oldenburg und der Namensgebung um einen gesellschaftlichen Auftrag gegangen ist, aufgefordert, sich in Zukunft dafür einzusetzen, daß die durch den NHB vertretene politische Richtung an unserer Hochschule ohne Chance bleibt; selbst wenn etwa dem NHB formal-juristisch die Benutzung von Räumen nicht versagt werden kann.

Krüger, Rektor

Initiative Medizin

Das Rektorat der Universität will erneut den Ausbau der Universität um die Fachgebiete Medizin und Rechtswissenschaft ins Gespräch bringen. In einer kurzen Erklärung dazu, stellte das Rektorat vor dem Senat fest, es wisse sich mit dieser Initiative im Einklang mit der Universitätsgesellschaft, die die Hochschule im Hinblick auf eine Erweiterung um diese Fachgebiete in der Öffentlichkeit und den politischen Kreisen unterstützen will. Erste Begründung für die Notwendigkeit der Einrichtung der Fachgebiete Medizin und Rechtswissenschaften wollen die Hochschullehrer Hans-Ludwig Freytag und Alexander Krafft vorbereiten.

In einem ersten Zwischenbericht über die "Möglichkeiten der Ergänzung des Spektrums der Universität Oldenburg um medizinische Ausbildungseinrichtungen" stellte der Sozialwissenschaftler Freytag zum Stand der Diskussion fest, daß nach Aktenlage der bis zum Winter 72/73 aktiven Planungskommission Medizin beim Wissenschaftsministerium bisher lediglich erreicht worden sei, daß "im Lande noch einmal über einen Standort für eine gemeinsame human- und zahnmedizinische Ausbildungsstätte nachgedacht werden sollte." Jedenfalls sei offensichtlich nicht mehr daran zu denken, daß die alten Pläne, Zahnmedizin als Minimalprogramm nach Oldenburg zu holen, realisiert werden könnten.

Als Ansatzpunkte für weiteres Handeln schlägt Freytag vor zu überprüfen, "wie es um den Ausbau der Oldenburger Krankenhäuser steht. Dies besonders unter dem Aspekt, ob Universität und die Krankenhäuser gemeinsam Ausbildungsgänge für den vom Wissenschaftsrat empfohlenen "Diplom-Mediziner" (Dreijährige Studiengänge im Gesundheitswesen) aufbauen könnten. Als eine andere Möglichkeit wird in dem Papier u.a. genannt, über den Ausbau der Sozial- und Ingenieurwissenschaften um Sozial- und Arbeitsmedizin eine volle medizinische Ausbildungsstätte zu realisieren.

es Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten, Toleranz gegenüber denen zu üben, die die freiheitlichen, demokratischen Grundrechte, wie sie in unserer Verfassung festgelegt sind, mit den Füßen treten und die arbeitende Bevölkerung bis aufs Blut auspreßt! Das lehrt uns die Geschichte!

Der SHB fordert daher alle freiheitlichen und fortschrittlichen Kräfte an der Universität auf, eindeutig und klar Position zu beziehen. Der SHB weiß sich einig mit Kommunisten: Keinen Meter Boden für den NHB, der studentischen Nachfolgeorganisation der NSDAP, an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg!

Udo Weigel (SHB)

Einführungsveranstaltung

(Öffentlich)

NHB

Montag, den 21. April 1975, um 20 Uhr
in der Universität Oldenburg, Ammerländer
Heerstraße, Raum G 630/20.

Es sprechen Dr. R. Kosiek, Nürtingen,
und J. Schnell, NHB-Bundesvorsitzender,
mit anschließender Diskussion.

Thema:

Volk und Nation im technischen Zeitalter

Es lädt ein R. Drechsler für den Gründungsausschuß der
Universität Oldenburg.

Diese Anzeige veröffentlichte der NHB am 17.4.75 in der Nordwest-Zeitung.

SHB zum NHB

Mit einem im besten Stürmerstil aufgemachten Flugblatt empfahl sich in Oldenburg eine studentische Gruppe den erstaunten Lesern: Der NHB lädt zu einer Veranstaltung mit Herrn Kosiek (NPD) in der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg ein. Der Zynismus ist unüberbietbar: Faschisten des NHB und Herr Kosiek, welcher sich besonders in Rassistismus und dem Schreiben und Verbreiten übelster Schriften im Stile eines Goebbels hervortut, an einer Universität, die sich den Namen des konsequenten und radikaldemokratischen Antifaschisten Carl von Ossietzky verpflichtet hat und in ihrer Grundordnung eindeutig die Verpflichtung von Forschung und Lehre im Dienste des Friedens und gesellschaftlichen Fortschrittes für sich an Anspruch nimmt? (Vergl. GG, § 1 u. 2).

Der SHB sagt hier klar und eindeutig: Nein! Wir sind der Meinung, daß alle Demokraten aufgerufen sind, gemeinsam und konsequent den Anfängen zu wehren! An unserer Hochschule darf es keinen Platz für Faschisten geben! Gegen diese Kräfte ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen! Nun stellt sich Vielen die Frage, und das wurde insbesondere auf der letzten Studentenparlamentssitzung deut-

lich, ob nicht Toleranz gegenüber Faschisten zu üben sei, da man in einer Demokratie ja "allen Seiten" gerecht werden müsse, kurzum, Auseinandersetzung im Dialog mit dem NHB. Wir meinen, daß eine solche Fragestellung falsch ist. Warum? Blättern wir in der Geschichte: Millionen von Toten aller Nationen gehen ungeteilt auf das Konto des Faschismus. Blut und Tränen und das Glück für einige wenige Bankkonten sind Politik und Ideologie faschistischer Kräfte; Portugal, Griechenland, Chile und Spanien lehren es uns. Wenn nach der "Befreiung der Menschheit" von der Geißel des deutschen Faschismus "einem deutschen Demokraten gesagt worden wäre, 30 Jahr später würde es in unserem Lande Bürger geben, die im Namen demokratischer Gerechtigkeit Toleranz für den Faschismus fordern und in der Hinnahme seiner Propaganda ein besonders hohes Maß an Freiheit sehen, er würde dies als eine böse Provokation verstanden haben" (DVZ v. 3.4.75, Nr. 14).

Hier soll keinem das Wort abgeschnitten oder gar das Recht auf freie Meinung versagt werden, auch wenn sie "erschreckend falsch" ist, aber Duldsamkeit gegenüber einer Restauration faschistischer Ideologie darf es nicht geben. Die Inhumanität dieser Kräfte verbietet es jedem Demokraten, seien